

20 Jahre Euro(-Bargeld). Kein Grund zum Feiern

23.01.2022 | [Prof. Dr. Thorsten Polleit](#)

Wenn man Europa im Sinne der Bürger und Unternehmer stärken und integrieren will, dann gibt man die Idee des staatlichen Geldproduktionsmonopols am besten so schnell wie möglich auf. Das ist die Lehre, die man nach mehr als 20 Jahren Euro-Einheitswährung ziehen muss.

Lange wurde das Megaprojekt vorbereitet und intensiv die Werbetrommel gerührt. Die Einheitswährung werde, so wurde der europäischen Öffentlichkeit - vor allem den Deutschen - mitgeteilt, die Transaktionskosten senken, die Transparenz der Güterpreise verbessern, Wechselkursschwankungen und Währungskrisen verhindern, und all das trage dazu bei, Wachstum und Beschäftigung zu verbessern und den Frieden in Europa zu sichern. Es lohne sich also, auf die nationale Währungssouveränität zu verzichten und stattdessen ein Einheitsgeld, herausgegeben von einer supranationalen Instanz, der Europäischen Zentralbank (EZB), anzunehmen.

Der Plan, eine Einheitswährung für Europa zu schaffen, wurde mit großer medialer Euphorie und ohne nennenswerte Gegenstimmen in die Tat umgesetzt. Am 1. Januar 1999 führten elf europäische Nationen den Euro ein. Zunächst nur als Buchgeld. Ab 1. Januar 2002 dann auch als Bargeld. Mittlerweile ist der Euro das offizielle Geld von 19 Nationen, mehr als 340 Millionen verwenden ihn. Rechnet man die Länder hinzu, die ihre Währung an den Euro angebunden haben, oder die den Euro für Transaktionszwecke verwenden, hängen mittlerweile mehr als 460 Millionen Menschen an der Einheitswährung.

Dass die Menschen, die sich arbeitsteilig miteinander verbinden und Handel treiben - wie es in Europa der Fall ist -, das gleiche Geld verwenden, ist ökonomisch durchaus sinnvoll. Denn dadurch wird die Wirtschaftsrechnung, die mit Geld ausgeführt wird, bestmöglich ausgeschöpft, die produktive Wirkung des Geldes gewissermaßen optimiert. Allerdings ist es in diesem Zusammenhang von entscheidender Bedeutung, von welcher Art das Geld ist.

Und genau in diesem Aspekt liegt die eigentliche, häufig übersehene Tragik des Euro-Einheitsgeldes. Der Euro ist - wie übrigens alle anderen wichtigen Währungen der Welt wie US-Dollar, chinesischer Renminbi, japanischer Yen etc. - ein sogenanntes "Fiat"-Geld.

Bei Fiat-Geld handelt sich um staatlich monopolisiertes Geld, das vorzugsweise per Kreditvergabe "aus dem Nichts" in Umlauf gebracht wird, und das in bunt bedruckten Papierscheinen und in Form von Bits & Bytes auf Computerfestplatten existiert. Fiat-Geld leidet unter einer Reihe ökonomischer und ethischer Defekte. Es ist inflationär, verliert seine Kaufkraft im Zeitablauf ein. Es sorgt für nicht-marktkonforme Umverteilung von Einkommen und Vermögen. Es verursacht Wirtschaftsstörungen ("Boom und Bust"), und es treibt die Volkswirtschaft, die es verwendet, in die Überschuldung - nicht nur Private und Banken, sondern vor allem auch Staaten.

Einige der Euro-Konstrukteure waren wohl nicht ganz blauäugig, denn sie hatten wohlweislich einige Schutzmauern errichtet, weil sie um die Gefahren wussten, die mit ungedecktem Geld unweigerlich verbunden sind. Beispielsweise wurde die EZB politisch unabhängig gemacht, damit sie nicht zum Spielball der Tagespolitiker und zur Inflationspolitik missbraucht werden kann. Auch hatte man der EZB einen vertraglich formulierten primären Auftrag gegeben, und zwar für Preisstabilität zu sorgen. Und vor allem sollte der Stabilitäts- und Wachstumspakt verhindern, dass sich die Eurostaaten in die Überschuldung manövrieren, die dann eine Inflationspolitik unausweichlich macht.

Wer die letzten 20 Jahre des Euro Revue passieren lässt, der wird erkennen, dass nahezu alle Probleme des Fiat-Geldes beim Fiat-Euro zutage getreten sind, und dass leider auch die "institutionellen Brandmauern" versagen.

Schon in im Vorfeld seiner Einführung kam ein gewaltiger Boom in Gang, der mit dem Crash des "New Economy"-Hypes 2000/2001 ins Wanken geriet, der spätestens im Zuge der internationalen Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/2009 zerplatzte. Eine Bankenkrise trat zutage, die sogleich in eine Staatsschuldenkrise überschlug. Seither befindet sich die EZB-Geldpolitik im "Rettungsmodus". Insbesondere wird seit Mai 2010 das praktiziert, was im Vertrag von Maastricht unbedingt ausgeschlossen werden sollte: Die EZB finanziert direkt und indirekt die öffentlichen Haushalte.

Die EZB hat dazu nicht nur immer neue Anleiheaufkaufprogramme aufgelegt, sie hat auch den Leitzins immer weiter absenkt, seit März 2016 beträgt er null Prozent. Ein Eldorado für die kredithungrigen Staaten.

Ende 2019 betragen die Euro-Kreditmarktschulden der Staaten 84 Prozent des Euro-Bruttosozialproduktes - deutlich über der ehemals vereinbarten Höchstgrenze von 60 Prozent.

Der Einkommensrückgang, vor allem die ungestüme Verschuldung der Staaten im Zug der Corona-Krise, haben die Schuldenquote Ende 2020 auf 98 Prozent anschwellen lassen. Dadurch ist der Einfluss der Staaten auf das Wirtschafts- und Gesellschaftsleben gewaltig angestiegen. Das Wohl und Wehe von Firmen und Arbeitsplätzen hängt mehr denn je von staatlichen Transfers ab - finanziert durch die Notenpresse der EZB.

Mittlerweile sind für viele Euro-Staaten die Möglichkeiten, die Steuern zu erhöhen und neue Kredite im Kapitalmarkt aufzunehmen, erschöpft. Die EZB springt daher bereitwillig in die Bresche, um die Haushaltslöcher mit neu gedruckten Euro zu stopfen. Gleich zu Beginn des Ausbruchs der Corona-Krise wurde der vielen Regierungen ohnehin lästige Stabilitäts- und Wachstumspakt außer Kraft gesetzt, so dass jetzt der Staatsverschuldung de facto keine Grenzen mehr gesetzt sind. Die ungestüme Ausweitung der Euro-Geldmenge als Folge der EZBStaatsanleihekäufe treibt jetzt die Konsumgüterpreisinflation in die Höhe: Im November 2021 lag sie bereits bei 4,9 Prozent, 2 ½ Mal so hoch wie die versprochen 2-Prozentmarke.

Eine prekäre Situation ist dadurch entstanden. Denn die Inflationspolitik zur Abwehr einer Wirtschaftskrise erfordert immer höhere Inflation. Doch die Inflation muss früher oder später gestoppt werden, sonst droht sie das Geld zu ruinieren. Hebt die EZB die Zinsen an und bremst dadurch das Geldmengenwachstum ab, steht die nächste große Krise vor der Tür. Vor die Wahl gestellt, eine Rezession einzuleiten oder zu hoffen, die Geldentwertung werde sich von selbst beruhigen, erblickt der "Zeitgeist" in der Fortführung der Inflationspolitik das vergleichbar kleinste Übel. Zu befürchten ist daher, dass der Euroraum sich in ein Regime dauerhaft höherer Inflation hineinmanövriert.

Diejenigen, die meinten, der Euro würde mit einer freiheitlich-marktwirtschaftlichen Ordnung in Europa vereinbar sein, sie befördern, sehen sich getäuscht. Von Anfang an war allerdings klar erkennbar, dass die Probleme und Zwänge, für die der Fiat-Euro unweigerlich sorgen würde, die Weichen in eine ganz andere Richtung stellen würde:

Dass eine staatlich kontrollierte Einheitswährung die Abkehr vom System der freien Märkte einleitet und im Gegenzug den Staat ermächtigt; dass sie den Staat mit allen benötigten Geldmitteln ausstatten wird, um auch atemberaubendsten Wunschvorhaben finanzieren zu können - zu nennen sind hier "grüne Politik", der "Große Neustart", die "Große Transformation". Dass dabei bürgerliche und unternehmerische Freiheiten auf der Strecke bleiben, liegt auf der Hand.

Was aber hätte die Alternative zum Euro sein können? Eine Alternative wäre ein - frei nach Friedrich August von Hayek (1899–1992) - Währungswettbewerb gewesen, also ein freier Markt für Geld. Hier haben die Anbieter die Freiheit, ihren Kunden ein Gut anzubieten, das diese als Geld nachzufragen wünschen; und Geldnachfrager haben die Möglichkeit, das Geld zu verwenden, das ihren Zwecken am relativ besten genügt.

Die Menschen könnten US-Dollar, Euro oder andere Geldmedien wie zum Beispiel Gold, Silber und neuerdings Kryptoeinheiten nachfragen. Doch würde ein freier Markt für Geld nicht zu einem Chaos führen? Die Antwort ist nein. Die Geldnachfrager sind es, die entscheiden, was als Geld Verwendung findet. Relativ rasch würde sich ein bevorzugtes Tauschmittel herausbilden.

Die gute Nachricht ist, dass die Idee eines freien Marktes sich nach wie vor eine überzeugende Option empfiehlt, um den Menschen gutes Geld verschaffen, und mit ihrer Hilfe lässt sich auch den unheilbaren Problemen des Fiat-Euro entkommen. Ein freier Markt für Geld kann denkbar einfach in die Tat umgesetzt werden: Man schafft Mehrwert- und Kapitalertragssteuern auf mögliche Geldkandidaten ab, erzeugt damit ein "Level Playing Field" gegenüber den bestehenden staatlichen Fiat-Geldarten. Den Rest übernehmen die Geldanbieter und Geldnachfrager.

Wenn man also Europa im Sinne der Bürger und Unternehmer stärken und integrieren will, dann gibt man die Idee des staatlichen Geldproduktionsmonopols am besten so schnell wie möglich auf. Das ist die Lehre, die man nach mehr als 20 Jahren Euro-Einheitswährung ziehen muss. Das unbeirrte Festhalten des Euro-Einheitsgeldes führt in die Sackgasse, schwört Kollektivismus, Sozialismus, die Tyrannei herauf - etwas, das die Menschen in Europa abwehren und bekämpfen müssen, wenn ihnen ihre Freiheit und ihr Wohlstand lieb ist.

© Prof. Dr. Thorsten Polleit
Auszug aus dem Marktreport der [Degussa Goldhandel GmbH](#)

Dieser Artikel stammt von [GoldSeiten.de](https://www.goldseiten.de)

Die URL für diesen Artikel lautet:

<https://www.goldseiten.de/artikel/524938--20-Jahre-Euro-Bargeld.-Kein-Grund-zum-Feiern.html>

Für den Inhalt des Beitrages ist allein der Autor verantwortlich bzw. die aufgeführte Quelle. Bild- oder Filmrechte liegen beim Autor/Quelle bzw. bei der vom ihm benannten Quelle. Bei Übersetzungen können Fehler nicht ausgeschlossen werden. Der vertretene Standpunkt eines Autors spiegelt generell nicht die Meinung des Webseiten-Betreibers wieder. Mittels der Veröffentlichung will dieser lediglich ein pluralistisches Meinungsbild darstellen. Direkte oder indirekte Aussagen in einem Beitrag stellen keinerlei Aufforderung zum Kauf-/Verkauf von Wertpapieren dar. Wir wehren uns gegen jede Form von Hass, Diskriminierung und Verletzung der Menschenwürde. Beachten Sie bitte auch unsere [AGB/Disclaimer!](#)

Die Reproduktion, Modifikation oder Verwendung der Inhalte ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung ist untersagt!
Alle Angaben ohne Gewähr! Copyright © by GoldSeiten.de 1999-2024. Es gelten unsere [AGB](#) und [Datenschutzrichtlinien](#).